

1 DIE LINKE. Berlin
2 5.Landesparteitag
3 3.Tagung
4 21.11.2015

5

6 **Antrag A 5**

7 Einreichender: Bezirksvorstand Neukölln

8

9

10 Der Parteitag möge beschließen:

11

12 **„Flüchtlinge willkommen! Wohnungen für alle! Millionäre besteuern!“**

13

14

15 1. DIE LINKE. Berlin fordert den Parteivorstand auf, entsprechend dem Beschluss (2015/118) „Zeit zu
16 handeln! Warum wir keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit haben“
17 bundesweite Aktivitäten, möglicherweise im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein.“, zu starten,
18 die Parteigliederungen aufzurufen in diesem Sinn initiativ zu werden und sich an entsprechenden
19 Bündnissen und Mobilisierungen zu beteiligen.

20

21 2. DIE LINKE. Berlin tritt an Flüchtlingsinitiativen, Mietervereine, Mieteninitiativen,
22 Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und ähnliche Organisationen, Vereine und Verbände heran mit
23 dem Ziel, öffentliche Aktionen – einen offenen Brief, gemeinsame Anzeigenschaltungen,
24 Unterschriftensammlungen, eine Kundgebung oder eine berlinweite Demonstration (Arbeitstitel:
25 „Flüchtlinge willkommen! Wohnungen für alle! Millionäre besteuern!“) - zu initiieren, um im
26 antirassistischen Kampf die soziale Frage zu betonen, Kämpfe von Mieterinnen und Mietern,
27 Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten zusammenzuführen und damit Spaltung zu
28 überwinden.

29

30 3. Etwaige Kosten, die für die Mobilisierung und Durchführung der Aktionen anfallen, werden in
31 einem separaten Antrag behandelt, wenn sich das Projekt konkretisiert.

32

33 Begründung:

34 Die große Zahl nach Berlin kommender Flüchtlinge und der fortbestehende Mangel an bezahlbaren
35 Wohnungen sind zwei der großen Themen, die die Berliner Bevölkerung im Moment beschäftigen. Es
36 besteht die Gefahr, dass das eine Thema gegen das andere Thema in Stellung gebracht wird – nach
37 dem Motto: „Jetzt kriegen die Flüchtlinge auch noch die wenigen billigen Wohnungen!“. Ein weiteres
38 Anwachsen von Ressentiments und Rassismus wäre die Folge.

39 Unser Anliegen muss es sein, zu verhindern, dass nicht-privilegierte Bevölkerungsgruppen
40 gegeneinander ausgespielt werden. Die Auseinandersetzung um bezahlbare Wohnungen, gute Kitas
41 und Schulen und Gesundheitsversorgung ist ein Kampf zwischen oben und unten, nicht zwischen
42 Menschen unterschiedlicher Nationalität. Wir müssen darauf hinwirken, dass dafür gemeinsam auf-
43 und eingetreten wird.